

LESERBRIEFE

Motivation für Berufslehre fehlt

Grundsätzlich kann ich das Anliegen der Initianten nachvollziehen. Jede Arbeit soll finanziell für ein menschenfaires Leben entlohnt werden. Doch die Initiative sollte erst mal eine andere Gerechtigkeit bringen: «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» (Bundesverfassung Art. 8 Abs. 3). Damit wäre schon viel erreicht. Warum ich gegen die Initiative bin? Ich unterrichte seit vielen Jahren Jugendliche vor dem Schulaustritt. Dabei vernahm ich folgende Berechnung:

Beispiel 1: Schüler A und B werden ins Berufsleben entlassen. A absolviert eine 4-jährige Lehre; B geht arbeiten. Fazit: A verdient in diesen vier Jahren pro Monat rund 1000 Franken. B pro Monat 4000 Fr. Nach vier Jahren hat A (gerundet) 50000 Franken verdient. B rund 200000 Franken. Eine heute abgeschlossene Lehre startet in der Berufswelt

vielleicht mit 4000 Franken pro Monat. Da ein Lehrabschluss wohl qualifiziertere Arbeit bringt, müsste ein Berufsabschluss ja höher entlohnt werden.

Beispiel 2: A müsste demzufolge mit 5000 Fr. beginnen; B verdient weiterhin 4000 Fr. Um die «verlorenen» 150000 Franken in der Lehrzeit aufzuholen, arbeitet A bis zu seinem 32. Lebensjahr, um auf den gleichen Finanzstand seines Kollegen zu kommen. Ich frage mich: Ist das so gewollt oder sogar gerecht? Wo bleibt die Motivation für Jugendliche, überhaupt noch eine Berufslehre zu machen? Unser duales Bildungssystem hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Kann dieses bei einer Annahme der Initiative noch weiter so erfolgreich geführt werden?

Hanspeter Kreienbühl, Wolhusen



ANNO DAZUMAL

Dieses Bild entstand um 1870 und zeigt einen Getreidetransport von Basel nach Malters zur Steiner Mühle bei einem Zwischenhalt auf dem Kirchplatz in Grosswangen. Das Bild wurde zur Verfügung gestellt von Jakob und Margrith Kuoni-Birrer, Willisau.

Vorsicht Bumerang

Staatlich fixierte Mindestlöhne wären ein Bumerang für Angestellte, KMU, Landregionen, und eine unnötige Gefahr für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir brauchen einen starken Staat, aber nicht für die Lohnregelung. Dies ist Sache der Wirtschaft und der Gewerkschaften. In der Schweiz haben wir eine faire Sozialpartnerschaft, um die uns das Ausland beneidet. Wir dürfen dieses Werk nicht zerstören! Der Mindestlohn ist der Beginn einer Spirale, die unser freiheitliches Arbeitsrecht und die Wettbewerbsfähigkeit einschränken. Ich würde es dem gut ausgebildeten Personal gegenüber unfair finden, wenn ein Mindestlohn festgelegt wird, der auch für Personen ohne Ausbildung gilt. Dies hätte unter anderem auch zur Folge,

dass junge Menschen weniger motiviert sind, eine Lehre zu absolvieren. Auf diese Weise würde unser ausgezeichnetes Berufsbildungssystem empfindlich geschwächt. Eine weitere negative Folge des Lohndiktats wäre auch das Verschwinden von Teilzeitstellen und damit von guten Möglichkeiten für Zusatzverdienste, vor allem für Familien und Studenten. Genf ist nicht Gettnau, es kann also nicht sein, dass für eine Teilzeit-Coffeuse in Genf und Gettnau die gleichen Massstäbe gelten. Die Nachteile des Mindestlohns überwiegen ganz klar, darum Nein zur schädlichen Mindestlohn-Initiative.

Urs Marti, Unternehmer und Kantonsrat CVP, Zell

80 Zeilen pro Leserbrief

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe können, müssen aber nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen zu 34 Anschlägen beschränken (2700 Zeichen). Die Redaktion behält sich das Recht vor,

Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen. Beiträge mit persönlichen Attacken und ehrverletzenden oder kreditschädigenden Äusserungen werden nicht veröffentlicht. Es werden nur Beiträge aufgenommen, deren Absender mit vollständigem Vor- und Nachnamen und vollständiger Adresse (Strasse, Wohnort) versehen sind.

WB

BRIEF

aus dem Nationalrat

moderate Steuerbelastungen für Unternehmen, Kostensenkungsmassnahmen und der Abbau von administrativen Belastungen. Damit schaffen wir optimale Voraussetzungen für mehr Investitionen, für mehr Konsum und damit auch für mehr Wachstum.

In meinem soeben erschienenen Buch «Erfrischend anders» widme ich auch ein besonderes Kapitel dem unsäglichen Lobbyismus in Bern. Ich stelle im Buch die rhetorische Frage: «Wen vertreten die Parlamentarier eigentlich bei ihren Abstimmungen in Bern? Den Bürger, der sie gewählt hat, oder ihre Brötchengeber, ihre Spender oder irgendwelche Interessengruppen?». Oder konkret gesagt: Welche Parlamentarier und welche Parteien sind eigentlich KMU-freundlich und setzen sich in Bern konsequent für das Gewerbe ein? Und wer stimmt in der Tendenz sogar gegen die Interessen der für die Schweiz so zentral wichtigen Gewerbewirtschaft?

Eine erste, aussagekräftige Antwort in Sachen «Gewerbefreundlichkeit», haben wir jetzt erhalten. Mit einer Auflage von rund 150000 Exemplaren ist die «Schweizerische Gewerbezeitung» die

Nr. 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft und erreicht 300000 Unternehmen. Im Hinblick auf die Wahlen 2015 hat sie 151 für KMU wichtige Abstimmungen im Zeitraum 2011 bis 2013 und zu 155 relevanten Gewerbethemen im Parlament untersucht lassen. Die Frage lautete: Welche Nationalrätinnen und Nationalräte haben die KMU mit ihrem Stimmverhalten tatsächlich unterstützt? Wer hat nur Lippenbekenntnisse abgegeben und Sonntagsreden gehalten zu einer angeblichen KMU-Nähe? Und wer stimmte sogar gegen die Interessen der für die Schweiz so wichtigen «Gewerbewirtschaft»?

Das in der «Schweizerischen Gewerbezeitung» veröffentlichte und von der renommierten Wahlhilfe «smartmonitor/smartvote» erstellte «KMU-Rating» zeigt nun auf, inwiefern Parlamentarierinnen und Parlamentarier tatsächlich die gewerblichen Kernanliegen unterstützten. Die Resultate sind sehr aussagekräftig: Die bürgerlichen Parteien SVP und FDP unterstützten die Gewerbeanliegen mit Abstand am stärksten. Absoluter Spitzenreiter ist Filippo Leutenegger von der FDP. Es folgen 42 SVP-Parlamentarier hintereinander! Die Mitte stimmte – je nach

klar sein, wer hier der Herr im Hause ist. Die Macht-Arroganz wird deutlich sichtbar.

Nach gleichem Muster agieren die USA, wenn es um Liquidierung fremder oder die Konkurrenzierung des eigenen Finanzplatzes geht. Hier ist kein Terrain-Krieg, sondern ein Wirtschaftskrieg im Gange. Auch die Amis kümmert es wenig, dass souveränes nationales Recht anderer Staaten zu beachten wäre. Man hat die ausgebildeten «blauen Männchen» und die nötigen Mittel zur weltumfassenden Spionage in jede Ecke (bis zur deutschen Bundeskanzlerin), um im Wirtschaftskrieg allen Konkurrenten weit voraus zu sein. Die USA stellen zwar keine Gaslieferung ein, dazu hat man ja die Weltwährung Dollar und kann unliebsamen Finanzplatz-Konkurrenten wie etwa Luxemburg, Monaco oder die Schweiz von dieser Währung abschneiden, wenn nicht pariert wird. Weil man am längeren Hebelarm sitzt, nehmen sich die Amis das Recht heraus, beim globalen Standard für den AIA eigene Wünsche und Ausnahmen unterzubringen, und der rest-

lichen Welt nicht zu gestatten, gleiche Rechte anzuwenden. Vor allem soll es keine Auskunft über wirtschaftlich Berechtigte bei Trusts geben (Hunderttausende solcher Gebilde in Delaware und Florida bleiben unangetastet). Die USA zementieren damit ihre Position als verlässlichsten und sichersten Hafen für globale Steuerhinterzieher. Zudem bleiben US-Firmen, die ihre weltweiten Gewinne nicht nach Amerika rückführen, auch weiterhin steuerfrei. Es entsteht eine weltweite Zweiklassengesellschaft, weil andere Wirtschaftsmächte, wie Indien, China, Brasilien oder arabische Staaten, bei OECD und damit beim AIA gar nicht mitmachen.

Solches Machtgebaren der Grossmächte hatte Bundesrat Ueli Maurer beim WEF in Davos und vor der UNO-Vollversammlung völlig zu Recht an den Pranger gestellt. Und Albert Einstein meinte schon vor Jahren: «Es ist gefährlich, hier zu leben, nicht wegen jener, die das Böse tun, sondern wegen jener, die zusehen und es geschehen lassen.»

Hans Isenschmid, Egolzwil



Yvette Estermann
SVP, Kriens

Darf und kann man diese Frage überhaupt stellen? Nach meiner Meinung absolut ja – man muss sie sogar stellen! Denn das ausserordentlich wichtige Gewerbe, die KMU, sind die tragende Säule unserer Wirtschaft. Wer sich deshalb für eine florierende Wirtschaft

Welche Parlamentarier sind wirklich gewerbefreundlich?

in unserem Land wirklich einsetzen will der sorgt dafür, dass die KMU sich auf möglichst gute Wettbewerbsbedingungen und auf möglichst freundliche Standortbedingungen verlassen können. Dazu gehören in erster Linie

Thema – mal so und mal so. Ab der GLP (und auch mit der GLP!) geht es nach links, und die Parteien verfolgen eine Politik, die zumindest nicht KMU-freundlich ist. Gegen Schluss des Rankings, auf den Plätzen 143 bis 200, sind deshalb ausschliesslich SP-Leute und Grüne zu finden. Das komplette KMU-Rating über die «Gewerbefreundlichkeit» der Parlamentarier finden Sie in der «Schweizerischen Gewerbezeitung» unter www.sgv-usam.ch.

Es freut mich natürlich ganz besonders, dass ich in diesem KMU-Ranking des Schweizerischen Gewerbeverbandes als «gewerbefreundlichste Parlamentarierin» des Kantons Luzern aufgeführt werde und als Zweitplatzierte der ganzen Zentralschweiz. Tatsächlich unterstützte ich das Gewerbe und die Wirtschaft generell bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Und so sieht die Reihenfolge des KMU-Ratings für unseren Kanton aus (In Klammern die landesweite Position von insgesamt 200 Parlamentariern): Yvette Estermann/SVP (Rang 23); Felix Müri/SVP (Rang 24); Albert Vitali/FDP (Rang 58); Ruedi Lustenberger/CVP (Rang 71); Peter Schilliger/FDP (Rang 77); Ida Glanzmann-Hunkeler/CVP (Rang 95); Leo Müller/

CVP (Rang 98); Roland Fischer/GLP (Rang 119); Lous Schelbert/Grüne (Rang 147); Priska Birrer-Heimo/SP (Rang 181).

Als Fazit zu diesem KMU-Ranking schreibt Christoph Buser, FDP-Landrat und Direktor der Wirtschaftskammer Basel, u. a. in einem Kommentar der neuesten Ausgabe von «Standpunkte der Wirtschaft» unter dem Titel: «Eine Hilfestellung für die nächsten Wahlen»:

«...Wer will, dass die Anliegen des Gewerbes in Bundesbern gut vertreten werden, sollte bürgerliche Kandidatinnen und Kandidaten wählen. Wem KMU-Anliegen egal sind oder wer dem Gewerbe gar Steine in den Weg legen will, kann auch gerne SP oder Grüne wählen.» Und: «...Links-Grün wird übrigens nicht selten auch von der Mitte unterstützt. Schon Anfang 2012 hat der Politologe Christian Bolliger im Auftrag der «Basler Zeitung» das Abstimmungsverhalten der neuen Mitteparteien analysiert. Das Resultat: Die BDP-Landräte (Kanton Basel) stimmten in 83 Prozent der untersuchten Fälle gleich wie die SP-Fraktion. Die Grünliberalen stimmten zu 78 Prozent gleich wie die Genossen.»